



15.01.2024 PRESSEMITTEILUNG

# Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Januar 2024<sup>1</sup>

1. Die wirtschaftliche Schwächephase hält auch zum Jahreswechsel 2023/24 an. Nach einem preis-, saison- und kalenderbereinigten Rückgang des BIP um  $\frac{1}{4}$  % zum Jahresende 2023 deuten aktuelle Frühindikatoren noch nicht auf eine rasche konjunkturelle Erholung hin. Mit einem rückläufigen Trend der Inflation, steigenden Reallöhnen und einer allmählichen Belebung der Weltwirtschaft dürften sich zentrale Belastungsfaktoren für die deutsche Wirtschaft aber im Verlauf dieses Jahres verringern und eine vor allem binnenwirtschaftlich getragene Erholung einsetzen.
2. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe setzte ihren abwärts gerichteten Trend im November mit einem Rückgang um 0,7 % fort. In der Industrie und im Baugewerbe kam es zu Rückgängen (-0,5 % bzw. - 2,9 %), während der Bereich Energie ein deutliches Plus meldete (+3,9 %). Bei den Auftragseingängen aus dem Inland deutet sich in zentralen Bereichen zuletzt eine Stabilisierung an; die schwache Auslandsnachfrage, vor allem aus dem Euroraum, belastet aber weiterhin. Mit einer Erholung der Industriekonjunktur ist erst im weiteren Verlauf des Jahres zu rechnen, wenn es zu einer binnenwirtschaftlichen Belebung und wieder anziehenden Exporten kommt.
3. Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im November gegenüber dem Vormonat um 2,2 % merklich gesunken, nachdem sie im Oktober spürbar im Plus lagen (+1,3 %). Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im November ein reales Umsatzminus von 2,0 %. Frühindikatoren geben am aktuellen Rand ein uneinheitliches Bild: Während sich die Konsumstimmung bei den privaten Haushalten tendenziell verbessert, wird die Geschäftslage im Einzelhandel nach Umfragen von ifo und Handelsverband HDE eher als unbefriedigend bewertet.
4. Die Inflationsrate belief sich im Dezember voraussichtlich auf 3,7 %, während sie im November noch bei 3,2 % gelegen hatte. Maßgeblich hierfür war ein Basiseffekt aufgrund der sog. Dezember-Soforthilfe zum Jahresende 2022. Zu Beginn dieses Jahres dürfte die Inflationsentwicklung durch steuerliche und fiskalische Maßnahmen geprägt werden. Im weiteren Verlauf des Jahres dominieren aber weiterhin inflationssenkende Faktoren (sinkende Erzeuger- und Importpreise, straffe Geldpolitik der EZB, angemessene Tarifabschlüsse sowie Normalisierung Gewinnmargen).
5. Der Arbeitsmarkt wies zum Jahresende einen saisonüblichen Verlauf auf. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich in Ursprungszahlen wie im Dezember üblich, saisonbereinigt bedeutete das einen geringfügigen Anstieg um 5.000 Personen. Die Erwerbstätigkeit war im November weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Frühindikatoren entwickelten sich durchweg besser, deuten aber noch nicht auf eine grundsätzliche Trendwende hin.
6. Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen ist nach endgültigen Ergebnissen im Oktober 2023 (1.481) um 4,9 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es einen Anstieg von 19,0 %. Nach wie vor bewegen sich die Unternehmensinsolvenzen etwas unter dem Vor-Corona-Niveau.

Die gesamtwirtschaftliche Ausgangslage stellt sich zum Jahreswechsel 2023/24 im Zuge der Nachwirkungen der vorangegangenen Krisen, insbesondere den erheblichen Kaufkraftverlusten als Folge des massiven Energie- und Nahrungsmittelpreisanstiegs, der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung, der geopolitischen Krisen sowie den geldpolitischen Straffungen weiterhin sehr schwach dar: Das Bruttoinlandsprodukt ist zum Jahresende nach ersten, vorläufigen Informationen des Statistischen Bundesamtes preis-, saison- und kalenderbereinigt um rund  $\frac{1}{4}$  % gegenüber dem Vorquartal gesunken. Für das Gesamtjahr ergibt sich damit ein Rückgang des BIP um 0,3 %. Dieses Ergebnis war weitgehend erwartet worden. Insbesondere der private Konsum ist im vergangenen Jahr aufgrund der nachwirkenden Kaufkraftverluste und der Kaufzurückhaltung, auch im Zuge der erhöhten Unsicherheit infolge der geopolitischen Konflikte, preisbereinigt um 0,8 % zurückgegangen. Damit lag er immer noch etwas unter dem Niveau des Vor-Corona-Jahres 2019. Auch die staatlichen Konsumausgaben waren mit -1,7 % gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Darin spiegelt sich die Normalisierung der Staatsausgaben nach der deutlichen Ausweitung während Corona-Pandemie. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen mit -0,3 % etwas zurück, vor allem da die Bauinvestitionen infolge der gestiegenen Finanzierungs- und Materialkosten im Jahresdurchschnitt 2023 preisbereinigt erneut um rund zwei Prozent sanken. Dagegen konnten die Investitionen in Maschinen und Anlagen mit +3,0 % deutlich zulegen. Dazu dürften neben den immer noch hohen Auftragsbeständen und der guten Eigenkapitalausstattung der Unternehmen auch steigende – durch staatliche Maßnahmen gestützte – Investitionen in die Transformation beigetragen haben. Die Exporte nahmen infolge der schwachen Nachfrage aus dem Ausland um 1,8 % ab. Die Importe fielen im Zuge der schwachen Binnennachfrage mit -3,0 % sogar noch kräftiger, weshalb der Außenhandel rechnerisch +0,6 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitrug.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich trotz der konjunkturellen Schwächephase robust; die Erwerbstätigkeit nahm im Jahresverlauf weiter zu (+0,7 %) und erreichte im Jahresdurchschnitt 2023 einen historischen Höchststand von knapp 46 Mio. Personen.

Ebenfalls positiv ist die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zu werten, die im Jahr 2023 um +5,9 % spürbar zunahm. Sowohl die Arbeitnehmerentgelte (+6,7 %) als auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+6,5 %) lagen dabei deutlich im Plus. Gestützt wurden die Einkommensentwicklung neben spürbaren Lohnsteigerungen auch von staatlichen Entlastungsmaßnahmen zur Abmilderung des inflationsbedingten Kaufkraftverlustes wie den Energiepreisbremsen, der Möglichkeit zu steuerfreien Inflationsausgleichsprämien und Erhöhungen der Sozialleistungen (Wohngeld, Bürgergeld, Erhöhung Kindergeld). Diese Maßnahmen kamen insbesondere den unteren Einkommensgruppen zugute.

Angesichts der zuletzt weiter schwachen Frühindikatoren, anhaltender und neu hinzugekommener geopolitischer Krisen, die zu steigenden Transportkosten und Verzögerungen in Lieferketten führen können, sowie temporär administrativ erhöhter Verbraucherpreise zu Jahresbeginn ist auch für das erste Quartal dieses Jahres noch nicht mit einer konjunkturellen Trendwende zu rechnen. Bei einem Rückgang der Inflation, steigenden Reallöhnen und einer allmählichen Belebung der Weltwirtschaft dürften sich zentrale Belastungsfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aber im Verlauf dieses Jahres verringern und eine vor allem binnenwirtschaftlich getragene Erholung einsetzen.

## **WELTWIRTSCHAFT KOMMT ZUM JAHRESENDE NUR MÜHSAM VORAN**

Im Oktober bewegte sich die weltweite Industrieproduktion seitwärts, nach geringen Zuwächsen in den beiden Vormonaten. Die stark gestiegenen Zinsen und der noch nicht abgeschlossene Abbau der hohen Lagerhaltung im Nachgang der Lieferkettenstörungen lasteten weiterhin auf der Industriekonjunktur. Auch die globalen Einkaufsmanagerindizes verharrten im Dezember in vielen wichtigen deutschen Handelspartnerländern Deutschlands unterhalb der Wachstumsschwelle. Der Stimmungsindikator von S&P Global hat sich im Dezember weiter erholt und liegt nun mit 51 Punkten leicht über der Wachstumsschwelle. Während sich die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe von 49,3 auf 49,0 Punkte etwas eintrübte, verbesserte sie sich bei den Dienstleistern um einen Punkt auf 51,6 Zähler.

Der Welthandel legte im Oktober gegenüber dem Vormonat weiter leicht zu (+0,4 %) und auch für den November deutet der RWI/ISL-Containerumschlag-Index mit einem leichten (saisonbereinigten) Anstieg von 123,7 auf 124,5 Punkte auf eine verhaltene Expansion hin. Allerdings ging der Nordrange-Index für europäische Häfen gleichzeitig recht deutlich zurück (von 103,7 auf 101,0 Punkte). Für den Dezember signalisieren aktuelle Schiffsbewegungsdaten des Kiel Trade Indicators (KTI) dagegen insgesamt wieder eine rückläufige Welthandelsaktivität. Dazu haben auch die Angriffe

auf Frachter im Roten Meer beigetragen, die infolge der Umleitung von Schiffen um Afrika zu einem Einbruch der Containertransporte durch das Rote Meer und deutlich längeren Transportzeiten führen.

Insgesamt ist gemäß den Prognosen internationaler Organisationen in diesem Jahr aber nach Abschluss der Lagerkorrekturen und damit wieder steigendem Neugeschäft mit einer moderaten Erholung des Welthandelsvolumens zu rechnen (2023: 0,5 %, 2024: 3,1 %) – auch wenn das Welt-BIP weiterhin mit einer Zuwachsrate von rund 3 % nur unterdurchschnittlich expandieren dürfte. In den westlichen Volkswirtschaften dürfte sich das Wirtschaftswachstum im Zuge der Abkühlung in den USA und der Erholung in den EU-Ländern nach der starken Betroffenheit durch die Energiepreiskrise annähern. Dagegen ist in Asien eine Divergenz zwischen den sich abschwächenden Expansionsraten in China und Japan einerseits und den recht kräftig wachsenden übrigen asiatischen Ländern andererseits, allen voran Indien, zu erwarten. Alles in allem dürfte die Nachfrage nach deutschen Exportgütern nach der ausgeprägten Schwäche im abgelaufenen Jahr in diesem Jahr wieder spürbar zunehmen.

## **ERSTER LICHTBLICK BEIM AUSSENHANDEL**

Im November sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen ggü. dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt erstmals seit dem Frühjahr 2023 deutlich gestiegen (+1,9 %, Oktober: +0,1 %).

Auch im weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsvergleich lagen sie mit 1,1 % im Plus. Dazu trugen insbesondere die Lieferungen in die EU-Länder außerhalb des Euroraums bei (+5,9 %). Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen erholten sich mit einer Zunahme um 1,3 % ggü. dem Vormonat (Oktober: -0,1 %) ebenfalls spürbar. Im Zweimonatsvergleich drehten die Importe ebenfalls erstmals seit Juni 2023 ins Plus (+0,9 %).

Bei den Außenhandelspreisen machen sich nach wie vor die Preisrückgänge für Energieimporte bemerkbar. Während die Einfuhrpreise ggü. November 2022 mit -9,0 % merklich zurückgingen, haben sie ggü. dem Vormonat saisonbereinigt stagniert. Gleichzeitig gaben die Ausführpreise im Vormonatsvergleich um 0,2 % etwas nach, vor allem aufgrund von rückläufigen Preisen der Exporte des Verarbeitenden Gewerbes. Die Terms of Trade verschlechterten sich insgesamt um 0,2 % ggü. dem Vormonat.

Der monatliche Handelsbilanzüberschuss ist im Zuge der stärkeren Ausweitung der Exporte im Vergleich zu den Importen von 16,4 Mrd. Euro im Oktober auf 17,6 Mrd. Euro im November gestiegen. Kumuliert ist der Handelsbilanzüberschuss im Zeitraum Januar bis November 2023 mit 159,8 Mrd. Euro mehr als doppelt so hoch wie der Vorjahreswert im gleichen Zeitraum (76,3 Mrd. Euro).

Die Frühindikatoren sind am aktuellen Rand volatil und senden gemischte Signale für die weitere Entwicklung: Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind seit dem Sommer in der Tendenz abwärtsgerichtet, wobei zuletzt insbesondere die Nachfrage aus dem Euroraum weiter deutlich rückläufig war. Die ifo Exporterwartungen haben sich im Dezember wieder von -4,1 auf -6,7 Punkte verschlechtert, nachdem sie sich zuvor zwei Monate in Folge aufgehellt hatten. Neben den Unternehmen im Maschinenbau rechnen nun auch wieder die Automobilhersteller mit geringeren Aufträgen aus dem Ausland. Die Schiffbewegungsdaten des Kiel-Trade-Indikators signalisieren für den Berichtsmonat Dezember aktuell einen Rückgang der realen deutschen Exporte (-1,9 % ggü. Vm).

Die November-Daten für den deutschen Außenhandel stellen zwar einen Lichtblick für die exportorientierte deutsche Industrie dar, mit einer raschen Trendwende ist angesichts der insgesamt noch schwachen Indikatorenlage aber nicht zu rechnen. Die Mehrzahl der vom ifo Institut befragten Unternehmen geht nach wie vor von rückläufigen Exporten in den kommenden Monaten aus und auch Containerumschlags- und Schiffsbewegungsdaten bleiben verhalten. Zudem sind die Risiken für den Welthandel infolge der Krisensituation im Roten Meer und damit verbundenen höheren Transport- und Frachtkosten zuletzt eher gestiegen.

## **INDUSTRIEPRODUKTION SETZT ABWÄRTSGERICHTETE TENDENZ FORT**

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ging nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im November gegenüber dem Vormonat um 0,7 % zurück. Damit setzte sich die seit Frühjahr letzten Jahres zu verzeichnende abwärtsgerichtete Tendenz weiter fort. Im November kam es in der Industrie

und im Baugewerbe wieder zu Rückgängen (-0,5 % bzw. - 2,9 %), während der Bereich Energie erneut ein deutliches Plus meldete (+3,9 %).

Innerhalb der Industrie waren im November in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten: Die gewichtigen Bereiche Kfz und Kfz-Teile sowie elektrische Ausrüstungen meldeten Abnahmen ihrer Ausbringung um 0,6 % bzw. 3,3 %; auch bei pharmazeutischen Erzeugnissen (-3,8 %) sowie Datenverarbeitungsgeräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen (-5,7 %) kam es zu Rückgängen. Bei dem gewichtigen Bereich Maschinenbau hingegen gab es eine Zunahme um +1,1 %, ebenso wie bei den energieintensiven Industriezweigen insgesamt (+3,1 %), die sich wie folgt auf die fünf Bereiche verteilt: chemische Erzeugnisse (+5,1 %), Kokerei und Mineralölverarbeitung (+3,2 %), Papier und Pappe (+2,6 %), Glas, Glaswaren und Keramik (+1,8 %) sowie Metallerzeugung und -bearbeitung (+0,5 %).

Die Industrieproduktion lag im November 1,9 % unter ihrem durchschnittlichen Niveau im dritten Quartal, so dass für das vierte Quartal insgesamt erneut ein spürbares Minus zu erwarten ist.

Die Auftragseingänge nahmen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im November gegenüber dem Vormonat leicht zu (+0,3 %), nachdem sie im Oktober merklich zurückgegangen waren (-3,8 %). Erneut stützte die Nachfrage aus dem Inland (+1,4 %) – insbesondere nach Investitionsgütern (+3,4 %) – während Bestellungen aus dem Ausland aufgrund der anhaltenden Orrückgänge aus dem Euroraum weiter abwärtsgerichtet waren (-0,4 %). Auch der um Großaufträge bereinigte Auftragseingang war gegenüber dem Vormonat leicht rückläufig (-0,6 %). In den meisten Wirtschaftszweigen gingen mehr Aufträge ein, wobei insbesondere die gewichtigen Bereiche Kfz (+4,7 %), chemische Erzeugnisse (+ 3,7 %), elektrische Ausrüstungen (+4,8 %) und der Maschinenbau (+3,9 %) deutlich höhere Bestellungen als im Vormonat verzeichneten. Dagegen kam es beim volatilen sonstigen Fahrzeugbau nach dem starken Anstieg im Vormonat zu einem kräftigen Rückprall (-32,1 %). Auch die Bestellungen in den Bereichen Metallerzeugung (-7,1 %) und pharmazeutische Erzeugnisse (-4,7 %) fielen im Vergleich zum Vormonat geringer aus.

Während sich bei den Auftragseingängen aus dem Inland in zentralen Bereichen zuletzt eine Stabilisierung andeutet, belastet die schwache Auslandsnachfrage, insbesondere aus dem Euroraum, weiterhin die Industriekonjunktur. Frühindikatoren senden derzeit gemischte Signale, wobei sich die Stimmung in den Unternehmen zuletzt wieder etwas eingetrübt hat. Mit einer schnellen Trendwende der Industriekonjunktur kann daher nicht gerechnet werden. Im weiteren Jahresverlauf dürfte aber vor dem Hintergrund der erwarteten binnenwirtschaftlichen Belebung und wieder anziehender Exporte eine Erholung der Industrieproduktion einsetzen.

## **NOCH KEINE TRENDWENDE IM EINZELHANDEL**

Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im November gegenüber dem Vormonat um 2,2 % deutlich gesunken, nachdem sie im Oktober spürbar im Plus lagen (+1,3 %). Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im November ein reales Umsatzminus von 2,0 %, wobei sich die hohen Preissteigerungen weiterhin bemerkbar machten. Der Handel mit Lebensmitteln ging im November im Vergleich zum Vormonat real um 0,4 % zurück. Infolge der starken Verteuerung von Lebensmitteln sind in dieser Sparte des Einzelhandels seit mehr als 2,5 Jahren im Vorjahresvergleich überwiegend reale Umsatzrückgänge zu verzeichnen, die sich zuletzt aber verringert haben. Preise für Nahrungsmittel steigen weiterhin überdurchschnittlich stark an, auch wenn sich ihr Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahresmonat weiter abgeschwächt hat (Dezember: +4,5 %). Der Umsatz im Internet- und Versandhandel verringerte sich im November um 1,5 % (-1,8 % ggü. Vorjahr).

Bei den Pkw-Neuzulassungen ergab sich im Dezember im Vormonatsvergleich eine leichte Zunahme um 1,4 %; auch im aussagekräftigeren Zwei-Monatsvergleich haben sich die Neuzulassungen – nach hohen Schwankungen in den Vormonaten – stabilisiert (+0,2 %). Neuzulassungen von Pkw durch Privatpersonen sind im Dezember kräftig um 10,3 % gestiegen und auch in der Zwei-Monats-Betrachtung mit +7,3 % deutlich aufwärtsgerichtet. Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen sind dagegen im Dezember zum vierten Mal in Folge gesunken (-3,5 %). Gründe für diese volatile Entwicklung dürften vor allem Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Umweltpremie sein, die für gewerbliche Zulassungen Ende August und für Privatpersonen am 18. Dezember beendet wurde.

Frühindikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums geben aktuell ein uneinheitliches Bild: Laut Prognose der GfK wird sich das Konsumklima im Januar noch einmal verbessern, nachdem es sich zwischen September und November leicht verschlechtert hatte. Die ifo Geschäftserwartungen im

Einzelhandel haben sich im Dezember eingetrübt (-2,8 Punkte) und liegen weiterhin im negativen Bereich. Auch die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich verschlechtert. Das Weihnachtsgeschäft bewertete der Einzelhandel vor den Feiertagen zuletzt als enttäuschend.

Während sich die Konsumstimmung bei den privaten Haushalten also tendenziell verbessert, wird die Geschäftslage im Einzelhandel nach Umfragen von ifo und Handelsverband HDE eher als unbefriedigend bewertet. Bei weiter steigenden Einkommen und rückläufigen Inflationsraten dürfte aber mit einer Erholung des privaten Konsums im Verlauf dieses Jahres zu rechnen sein.

## **INFLATION STEIGT ZUM JAHRESENDE AUFGRUND EINES BASISEFFEKTS**

Die Inflationsrate (Preisniveauanstieg binnen Jahresfrist) belief sich im Dezember voraussichtlich auf 3,7 %. Im November hatte die Rate noch bei 3,2 % gelegen. Maßgeblich für den Anstieg der Rate war ein Basiseffekt aufgrund der sog. Dezember-Soforthilfe zum Jahresende 2022, die vor einem Jahr dämpfend auf den Verbraucherpreisindex gewirkt hatte.

Die Kernrate (ohne Energie und Nahrung) ging im Dezember weiter zurück auf 3,5 % (Nov.: +3,8 %) und lag damit infolge des Basiseffekts bei Energie nur geringfügig unter der Inflationsrate. Im Jahresdurchschnitt 2023 betrug der Anstieg der Verbraucherpreise voraussichtlich 5,9 % (Kernrate: +5,1 %). Nahrungsmittel verteuerten sich im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat erneut überproportional (+4,5 %), allerdings ließ der Preisauftrieb hier ebenfalls weiter nach (Nov.: +5,5 %). Die Energiepreise sind nach zwei Rückgängen im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat infolge des Basiseffekts wieder um 4,1 % gestiegen (Nov.: -4,5%; Okt.: -3,2 %). Im Bereich der Dienstleistungen hat sich der Preisauftrieb mit +3,2 % weiter leicht abgeschwächt (Nov.: +3,4 %).

Auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen ist weiter eine nachlassende Preisdynamik zu beobachten. Die Erzeugerpreise sind im November 2023 um 7,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Im Oktober hatte die Rate bei -11,0 % gelegen. Ausschlaggebend war wie schon in den Vormonaten vor allem ein Basiseffekt durch die hohen Preissteigerungen im Vorjahr aufgrund der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine. Im Vergleich zum Vormonat nahmen die Erzeugerpreise im November um 0,5 % ab. Die Einfuhrpreise lagen im November um 9,0 % deutlich unter dem Vorjahresmonat (-0,1 % ggü. Vormonat). Die Verkaufspreise im Großhandel sind im November im Vorjahresvergleich um 3,6 % gefallen. Auch im Vergleich zum Vormonat kam es zu einer Abnahme (-0,2 %).

An den Spotmärkten entwickelten sich zuletzt die Preise für Erdgas wieder rückläufig. Aktuell liegt der TTF Base Load mit rd. 30 €/MWh etwa 55 % unter dem Niveau vom November 2022. Gegenüber dem Vormonat ist ein Rückgang von rd. 20 % zu verzeichnen. Die Markterwartungen deuten darauf hin, dass die Erdgaspreise in den kommenden Quartalen unter 50 €/MWh bleiben werden.

Zu Beginn dieses Jahres wird die Entwicklung der Inflation spürbar durch steuerliche und fiskalische Maßnahmen geprägt. Zum einen laufen temporäre Maßnahmen aus, die im Zuge der Corona- und Energiekrise zur Entlastung von privaten Haushalten implementiert worden waren (Absenkung Umsatzsteuersätze in Gastronomie und für Gas- und Fernwärme, Preisbremsen für Strom und Gas, etc.). Zum anderen dürften Maßnahmen im Zuge der Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Haushalte preissteigernd wirken (Anhebung CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Wegfall Zuschuss Netzentgelte bei Strom, Anhebung Luftverkehrssteuer). Im weiteren Verlauf des Jahres dominieren aber weiterhin inflationssenkende Faktoren wie Preisrückgänge auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen aufgrund gesunkener Energie- und Erzeugerpreise an den Märkten, geldpolitische Straffung der EZB, angemessene Tarifabschlüsse sowie Normalisierung der Gewinnmargen der Unternehmen.

## **ARBEITSMARKT MIT SAISONÜBLICHEM VERLAUF ZUM JAHRESENDE**

Der Arbeitsmarkt wies zum Jahresende bei günstiger Witterung einen saisonüblichen Verlauf auf. Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich in Ursprungszahlen wie im Dezember üblich gegenüber dem Vormonat um 31.000 Personen. Saisonbereinigt (sb) bedeutet das einen geringfügigen Anstieg um 5.000. Die Erwerbstätigkeit legte im letzten Berichtsmonat November gegenüber Vormonat merklich zu (sb +22.000 Personen). Ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge erreichte sie im Jahresdurchschnitt 2023 mit 45,9 Mio. Personen einen neuen Höchststand. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Oktober deutlich (sb +34.000). Die Kurzarbeit erhöhte sich im Oktober zwar leicht, die Anzeigen für Dezember waren aber erneut rückläufig. Frühindikatoren entwickelten sich durchweg etwas besser. Die Zahl der offiziellen gemeldeten Stellen stieg erstmals seit Mitte 2022 wieder an. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen in Deutschland hat wieder leicht zugenommen, vor allem im Dienstleistungsbereich. Das IAB-

Arbeitsmarktbarometer verbesserte sich ebenfalls, auch wenn die Arbeitslosigkeit noch etwas steigen dürfte. Die günstigeren Frühindikatoren deuten noch nicht auf eine grundsätzliche Trendwende hin. Eine Besserung der Aussichten ist ab Frühjahr zu erwarten, wenn auch die Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen dürfte.

## **ANSTIEG DER UNTERNEHMENSINSOLVENZEN PAUSIERT**

Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen ist nach endgültigen Ergebnissen im Oktober 2023 von 1.557 auf 1.481 bzw. um 4,9 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es einen Anstieg von 19,0 %. Von Januar bis Oktober 2023 lag die Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen um 24,1 % höher als im Vergleichszeitraum 2022. Der vergleichsweise deutliche Anstieg ist auf Basiseffekte (historisch niedrige Insolvenzzahlen bis Mitte 2022 durch Corona-Sondereffekte) sowie ein wirtschaftlich herausforderndes Umfeld zurückzuführen. Dennoch bewegen sich die Insolvenzzahlen nach wie vor etwas unter dem Mittelwert der Jahre 2016-2019, der Abstand hat sich im Oktober 2023 wieder vergrößert (September: -4,4 %; Oktober: -9,5 % ggü. dem jeweiligen Monatsmittelwert 2016-2019). Auf erhöhtem Niveau bleibt die Zahl der von einer Insolvenz betroffenen Beschäftigten, die im Oktober immer noch 54,3 % (September: +91 %) über dem Vorjahresmonat liegt. Bezogen auf den bisherigen Jahresverlauf (Januar bis Oktober) beträgt der Anstieg ggü. dem Vorjahreszeitraum sogar rd. 123 % sowie ggü. dem Vor-Corona-Mittelwert für Januar bis Oktober 46,2%. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger aus den gemeldeten Unternehmensinsolvenzen sind im Oktober 2023 um rd. 97 % ggü. dem Vorjahresmonat und im Jahresverlauf 2023 um 95,9% ggü. 2022 gestiegen. Die Zahlen zeigen, dass aktuell größere Unternehmen stärker von Insolvenzen betroffen sind.

Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend zeigt für Dezember 2023 einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen von 10,3 % ggü. dem Vormonat November. Im Vorjahresvergleich ist ein Anstieg um 22,6 % zu verzeichnen (November: +20,9%). Es ist der höchste Dezember-Wert seit Beginn der Datenerfassung im IWH-Insolvenztrend im Jahr 2016. Das vierte Quartal 2023 war damit voraussichtlich das insolvenzstärkste Quartal des vorigen Jahres, obwohl das vierte Quartal normalerweise die wenigsten Insolvenzen eines Jahres aufweist. Laut IWH dürfte sich der Anstieg der Insolvenzzahlen auch in diesem Jahr noch fortsetzen.

---

[1] In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. Januar 2024 (10 Uhr) vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

---

Downloads

### **Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Lage**

Stand: Januar 2024

PDF: 124 KB

---

### **Herausgeber**

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Öffentlichkeitsarbeit

11019 Berlin

Internet: [www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

E-Mail: [info@bmwk.bund.de](mailto:info@bmwk.bund.de)

Telefon: +49 30 186150

---

Über den folgenden Link können Sie den Newsletter wieder abmelden. [Newsletter abbestellen](#)